

Gesamtprotokoll Workshops 1 – 5
der Regionalkonferenz Sozialplanung in Schleswig, 13.Dezember 2016
 insg. 83 Teilnehmer/innen

Protokoll des Workshops 1:	Bildung / Armut / Prävention	S. 1 - 6
Protokoll des Workshops 2:	Sozialer Wohnungsbau / Wohnraumversorgungskonzept	S. 7 - 9
Protokoll des Workshops 3:	Demografische Herausforderungen	S. 10 - 11
Protokoll des Workshops 4:	Bündelung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen	S. 12 - 16
Protokoll des Workshops 5:	Migration / Flüchtlinge	S. 17 - 19
Feedback		S. 20

Protokoll des Workshops 1 Bildung / Armut / Prävention

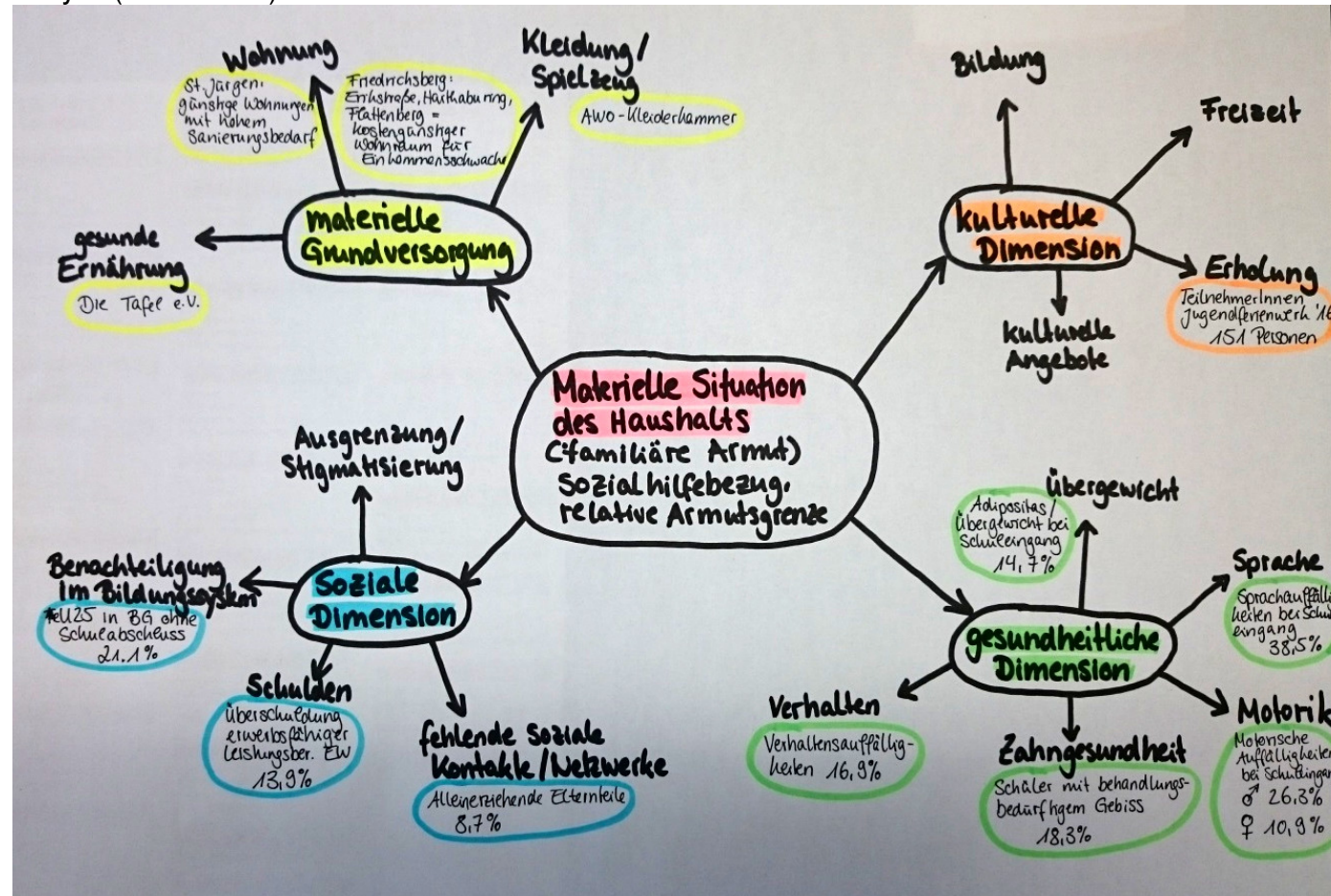
Moderation & Input: Bente Nielsen, Robert Kischkat
Protokoll: Stefanie Hellriegel, Bente Nielsen

Inhalt/Anmerkungen	
<p>Armut ist immer abhängig vom gesellschaftlichen Rahmen, in dem sie vorliegt und von der gesellschaftlichen Bewertung bestimmter Lebensumstände, die einen Menschen gegebenenfalls als arm identifizieren.</p> <p>Der Lebenslagenansatz stellt Armut als ein mehrdimensionales Problem dar. Erweiterung der Sicht auf Armut über den Aspekt der ökonomischen Ressourcen hinaus, hin zur Unterversorgung in weiteren zentralen Lebensbereichen. Zu diesen zählen beispielsweise Kleidung, Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Arbeit, Bildung, Freizeit, soziale Integration und soziale Teilhabe. Die durchschnittliche Lebensqualität wird gemessen an den sozialen und kulturellen Standards einer Gesellschaft.</p> <p>Im Workshop 1 wurde den TeilnehmerInnen anhand von Daten u.a. aus dem Sozialbericht die</p>	

Auswirkungen der Lebenslage Armut in der Stadt Schleswig auf unterschiedliche Dimensionen des täglichen Lebens aufgezeigt.

In einem 2. Schritt stellten die TeilnehmerInnen unterschiedliche Aspekte zusammen, die für die Stadt Schleswig in Bezug auf Armut und Bildungschancen einen verbesserten Zustand in der Zukunft herbeiführen könnten.

Die Zusammenstellung orientiert sich an einer Darstellung des Lebenslagenansatzes nach Manfred Dreyer (siehe Abb.).



Folgende Ideen/ Aspekte/ Forderungen brachten die TeilnehmerInnen ein:

Materielle Grundversorgung:

- Verpflichtung zur Führung eines Haushaltsbuches
- Größere Wohnungen für große Familien
- verschiedene Arten von Wohnraum anbieten
- sozialer Wohnraum in allen Stadtteilen/ keine Ghettobildung
- Entwicklung neuer, günstiger Wohnformen

Kulturelle Dimension:

- Teilhabe an Kultur vergünstigt
- Kostenlose, niedrighschwellige Bildungsangebote ausbauen
- Gemeinsam ins Museum, Theater, Sport
- Aktivitäten veröffentlichen (Website, Zeitung)
- Übersicht über alle Aktivitäten, die Familie betreffend
- Kneipe/ Spielplatz/Grillplatz/ Boccia/ Gesprächsrunden
- Vereinfachung von Anträgen für Bildungsgutscheine/Bildungskarte
- Begegnungen möglich machen
- Aufenthaltscharakter im Quartier verbessern
- Kostenloses W-LAN im gesamten Stadtgebiet
- Förderung/ Bezuschussung von Vereinsbeiträgen
- Bücherei nach St. Jürgen/ Friedrichsberg
- offenes Schwimmbad

Gesundheitliche Dimension:

- Vermittlung von Ernährungswissen
- Tafel liefert zum Essen das passende Rezept plus Zutaten
- Koch-Club „gesunde Ernährung“
- Kochprojekte (1x wöchentlich) in KiTa und Schule
- Junkfood aus den Schulen verbannen

**Anträge
Bildungsgutscheine,
Sozialstaffel stark
vereinfachen, Zugänge
und Beratung
verbessern**

<p>Soziale Dimension:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ganztagsschule incl. Hausaufgaben • Gebundene Ganztagsschule als Angebot • Ganztagsschule mit Stütz-, Förder- und Nachhilfeunterricht mit interdisziplinärer Betreuung • Anteil der Kinder aus Familien mit Sozialleistungsbezug an Angeboten der OGS erhöhen • Schuluniformen • geringere Klassenstärke • gute personelle und sachliche Schulausstattung • Lernmittelfreiheit • praktische Fähigkeiten in Schulen fördern • Stärkung der Familienhebammen • frühzeitig Elternkompetenzen stärken • gut ausgebaute und funktionierende Frühe Hilfen • Ressourcen von Eltern und Kindern fördern • Familien-/ Gemeindezentren • Bildung für Eltern und Kinder • frühe Begleitung und Unterstützung zur Verhinderung weiterer Schäden und Kosten • Integration durch Einbeziehung aller sozialen Schichten • Formale (=verpflichtende) Bildung muss ab dem 3. Lebensjahr in KiTa/ Vorschule Beginnen und zwar kostenfrei • kostenlose KiTa • Verlängerung von KiTa-Zeiten • Ganztags-KiTa mit interdisziplinärem Team • Ausbau der aufsuchenden Hilfen in Familien/ im Sozialraum • Gruppen für sozial-emotionale Probleme • Seniorenfamilientrainer (Patenschaften) • Patenschaften in der Nachbarschaft • Mehr junge Menschen mit Schul- und Berufsabschluss durch Veränderungsprozesse bei Betrieben und Behörden • Verbesserung der Jobvermittlung (alles aus einer Hand, zeitnahe Begleitung) 	<p>Umfassende Betreuung von Kindern und Jugendlichen</p> <p>Auswirkungen der Dimensionen auf die Erziehungskompetenz der Eltern</p> <p>Einwände zu SPFH: Untersuchungen zeigen auch andere (z.B.) psychische Belastungen</p>
---	---

<p>Dimension der Aktivierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Werkräume mit Ausbildern • Familiennahe Kommunikation z.B. soziale Medien, Realität in Familien, Wünsche • Förderung der Selbstwirksamkeit/ des Selbstwertgefühls • Kleidung selbst nähen, Spielzeug basteln • Selbsthilfepotentiale wecken <p>Sonstiges:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Regionale/ städtische Material-Kartei • Vernetzung der Hilfen • Informelle Bildung zum Thema Erziehung verändern • Ämter als Dienstleister (Fortbildungen) 	<p>Haltung bei den Ämtern sollte sich ändern: Rolle als Dienstleister statt Kostenverhinderer</p>
<p>Erwünschter Zustand</p> <p>Ausbau von günstigem/ sozialem Wohnraum für verschiedene Bedarfe in allen Stadtteilen.</p> <p>Kostenfreier, niedrighschwelliger Zugang zu kulturellen Angeboten mit Begegnungscharakter.</p> <p>Breite Wissensvermittlung zum Thema „Gesunde Ernährung“.</p> <p>Frühzeitige, umfassende, professionelle Begleitung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen und Familien.</p> <p>Aktivierung und Stärkung von Selbstwirksamkeitsprozessen bei Betroffenen.</p>	

Haltungsveränderung der öffentlichen Verwaltung.	
<p>Was kann wer tun?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung/ Veränderung der „Frühen Hilfen“ • Vernetzung von KiTa und Schule • Einwerbung von Mitteln, um verlässliche Finanzierungsräume zu schaffen • Fortbildung von SchulsozialarbeiterInnen <p>Weitere wichtige Akteure:</p> <p>Wohnungsbaugesellschaften, Stadtwerke, BBZ, Rotary Club, Kinderschutzbund</p>	<p>Verantwortliche/r:</p> <p>LG Frühe Hilfen: Herr Machlitt Stadt Schleswig: Frau Callsen-Mumm/ Herr Kischkat Kreis SL-FL: FB Jugend und Familie</p> <p>Verantwortliche/r:</p> <p>Stadt Schleswig</p> <p>Verantwortliche/r:</p> <p>Stadt Schleswig</p> <p>Verantwortliche/r:</p> <p>Stadt Schleswig Kreis SI-FI</p>

Protokoll des Workshops 2: Sozialer Wohnungsbau / Wohnraumversorgungskonzept

Moderation & Input:

Frank Jacobsen, Robert Schulze

Protokoll:

Rotraud Rasch

Inhalt/Anmerkungen

Einstieg anhand einer Power-Point-Präsentation mit folgenden Inhalten:

- Grundlagen wohnbauliche Entwicklung
- Einblick in Studie des Landes Schleswig-Holstein zur Bevölkerungsvorausberechnung 2015 – 2030
 - Einwohnerverlust Kreis SL-FL von 3,7%
 - Veränderung Altersstruktur (Zunahme der Altersjahre um 3,5 Jahre im Kreis SL-FL, Veränderung der Altersgruppe > 80 Jahre mit 57,5 % im Kreis SL-FL, Einfluss auf die Zahl der Erwerbspersonen
 - Bedarf an Wohnungsneubauten im Kreis SL-FL ca. 3.900 Wohneinheiten
- Sozialer Wohnungsbau in Schleswig (zzt. 566 mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen, Wegfall von ca. 200 Wohnungen bis 2020)
- Einblick in das Wohnraumversorgungskonzept aus 2006
- Betrachtung von wohnbaulichen Schwerpunktbereichen in Schleswig
 - Miet-/Geschosswohnungsbau
 - Ein- und Zweifamilienhausbau

Anschließende Diskussion über:

- Strukturveränderung hinsichtlich Stadtteilentwicklung, z. B. Wohnungsgröße, Lage, Entwicklung der Haushaltsgrößen
- fehlendes Konzept der Stadt Schleswig zur wohnbaulichen Entwicklung
- Vermietungssituation im Bereich Schleswig Süd
- Migrationsproblematik
- Kompensation wegfallender mietpreis- und belegungsgebundener Wohnungen durch Neubau

Erwünschter Zustand

„Schleswig hat eine Vision!“ - Erstellung eines Masterplanes 2025 für ein gutes Wohnraumversorgungskonzept

Ideensammlung zu folgenden Fragestellungen:

- Was wollen wir?
- Was brauchen wir?
- Handelnde Akteure?
- Was ist zu bedenken?

Was kann wer tun?

1. Schritt Intensivierung des Arbeitskreises Wohnungswirtschaft und den darin vertretenen unterschiedlichsten Akteuren mit dem Ziel der Erarbeitung des Masterplanes/Wohnraumversorgungskonzeptes für die Stadt Schleswig.

Verantwortlichkeit: Stadt Schleswig

Abschrift Fotoprotokoll Workshop 2: *Schleswig hat eine Vision – Masterplan 2025*

Was wollen wir?	Vielfalt in allen Stadtteilen Bezahlbaren Wohnraum Ausreichende Versorgung mit Ärzten, Schulen, etc. Gesundheitliche Dienstleistungen Familienfreundlichen Angebote Ansprache Zielgruppen Wie sollen sich Stadtteile entwickeln Soziale Heterogenität Keine Gettobildung
Was brauchen wir?	Schaffung bezahlbarer „Singlewohnungen“ (SGBII) Zulassen alternativer Wohnformen für U25 Mehrgenerationen Wohnen

	<p>Betreutes Wohnen „Nischen“ Wohnraum – WG / U 25 / BeWo Behindertengerechte Wohnungen Variablen Wohnraum</p>
Handelnde Akteure	<p>Wohnungsbaugesellschaften Investoren Politik Krankenkassen Investitionsbank</p>
Was ist zu bedenken?	<p>Planungsrecht (z.B. Etagen nach oben zulassen) Zielgruppen Wie ist die Entwicklung im Umland, z.B. Schule „Stellschraube“ Infrastruktur</p>
Weiteres Vorgehen	<p>Festhalten am Arbeitskreis Wohnungswirtschaft mit dem Ziel der weiteren Befassung Wohnraumversorgungskonzept</p>
Verantwortlichkeit	<p>Stadt Schleswig</p>

Protokoll des Workshops 3: Demografische Herausforderungen

Moderation & Input:

Jürgen-Heinrich Schade, Andre Holtz, Marco Reestorff, Hans-Uwe Stern

Protokoll:

Birte Jürgensen

8 Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Inhalt/Anmerkungen

Einstieg anhand einer Power-Point-Präsentation und Darstellung der Problemstellungen und Herausforderungen für die Zukunft:

- sinkende Bevölkerungszahlen
- Anteil der Älteren steigt
- steigende Fallzahlen in der Pflege
- steigende Fallzahlen in der Eingliederungshilfe
- Anteil der Älteren mit einer wesentlichen Behinderung steigt
- steigende Fallzahlen in der Pflege in Kombination mit einer wesentlichen Behinderung
- Mangel an Fachkräften in der Pflege und Betreuung
- Finanzierung der Sozialhilfekosten (HzPfl u. EGH)
- passende Pflegeeinrichtungen für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung
- Verzahnung Hilfe zur Pflege und Eingliederungshilfe
- Mangel an bezahlbarem barrierefreiem Wohnraum außerhalb sozialer Brennpunkte
- Aktivierung des Ehrenamtes
- Freizeitangebote / Tagesstruktur für ältere Menschen mit wesentlicher Behinderung (z. B. WfbM-Rentner)
- Öffnung der Vereine u. dergl. für Menschen mit Behinderung
- Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes III
- Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes
- Verwirklichung der Inklusion

Aufgrund der Vielzahl von möglichen Gesprächsthemen und Handlungsfeldern musste zunächst ein Konsens darüber erzielt werden, welches dieser Handlungsfelder in dem Workshop diskutiert werden sollte. Mehrheitlich haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie die Beteiligten durch die Vergabe von Punkten für das Thema „Aktivierung des Ehrenamtes“ ausgesprochen.

Schnell bestand Einigkeit darüber, dass das Ehrenamt nicht dafür genutzt werden darf, Personalmangel in der Pflege und Eingliederungshilfe oder auch in der Betreuung von Flüchtlingen aufzufangen. Es darf nicht wieder passieren, dass ehrenamtlich Tätige - wie in 2015 geschehen - staatliche Aufgaben übernehmen müssen und überfordert werden:

Ein Ehrenamt sollte

- Spaß machen
- Anerkennung und Wertschätzung bringen
- eine sinnvolle Gestaltung der Freizeit ermöglichen

Ein Ehrenamt darf die ehrenamtlich Tätigen nicht

- zeitlich überfordern
- mental überfordern.
- Das Ehrenamt darf nicht dazu genutzt werden einen Personalmangel zu kompensieren.

Wie können ehrenamtlich Tätige vor Missbrauch/Ausnutzung/Überforderung geschützt werden?

- Die ehrenamtliche Aufgabe ist klar im Hinblick auf den Aufgabenbereich und dem zu erwartenden Zeitumfang zu beschreiben.
- Es müssen AnsprechpartnerInnen benannt werden, die bei Problemen und Sorgen beraten und unterstützen.
- Fort- und Weiterbildungsangebote sollten angeboten werden.

Hauptproblem: Wie finden ehrenamtliche Tätige und Hilfesuchende zusammen?

- Es müsste eine Angebotsbörse (digital/schwarzes Brett/amtliche Bekanntmachungsblätter) geben
- Tage der offenen Tür in Einrichtungen können Interesse wecken

Gab es eine Verabredung?

Eine Ehrenamtsbörse für die Stadt Schleswig erschien allen Beteiligten sinnvoll. Viele hielten eine Angebotsbörse beispielsweise auf der Homepage der Stadt Schleswig für denkbar. Eine Verabredung zum weiteren Vorgehen gab es nicht. Aber es bestand Einigkeit, dass bereits ähnliche Angebote in der Stadt bzw. im Kreisgebiet von Kirche, Vereinen und Verbänden (z. B. Kibis) gibt, die aber möglicherweise noch besser vernetzt werden sollten. Insbesondere die Vertreter des Kreises wiesen darauf hin, dass bereits im Rahmen anderer Projekte entwickelte Ideen mangels finanzieller und personeller Ressourcen nicht weiter verfolgt werden konnten. Dem Kreis Sl-FI ist es als Konsolidierungskreis nicht möglich, neue freiwillige Leistungen zu übernehmen bzw. zu finanzieren.

Protokoll des Workshops 4: Bündelung und Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen

Moderation & Input:

Nina Lewandowski, Kristina Hofmann, Dr. Julia Pfannkuch

Protokoll:

Kreis Schleswig-Flensburg, Geschäftsstelle „LaSiVerMob“

Inhalt:	Hauptziel	Weitere Ziele
<p>1.) In welchen Bereichen sehen Sie Defizite hinsichtlich der Versorgung?</p> <p><u>Verkehr</u></p> <p>Es wurden Aspekte zur verkehrlichen Anbindung in und um Schleswig benannt, die zur Verbesserung der Erreichbarkeit innerhalb des Stadtgebiets und für das Umland beitragen können.</p> <p>Dies betrifft sowohl die Nutzung eines eigenen PKW, wobei vor allem auf eine Verbesserung der Durchgangsverkehre und damit zusammenhängende Straßenführung sowie bauliche Aspekte eingegangen wurde. Insbesondere wurden hier Durchgangsverkehre auf Nord-Süd-Verbindungen durch Schleswig, wie der Kaltenhuder Weg, Stadtfeld und die St. Jürgen Straße genannt.</p> <p>Angesprochen wurde auch die Verbesserung der Versorgung mit öffentlichem Nahverkehr, der nach Ansicht der Teilnehmer bedarfsgerechter gestaltet und angepasster getaktet werden muss. So sollte die Taktung nicht nur auf die Schülerverkehre ausgerichtet werden.</p> <p>Hierbei muss nach Ansicht der Teilnehmer auch die Anbindung des Umlands mit betrachtet werden.</p>	<p>Frühzeitiges Erkennen von (heutigen und zukünftigen?) Engpässen in den Bereichen Versorgung und Mobilität, u.a. durch die Erfassung von „Problembereichen“</p>	<p>Verbesserung der Durchlässigkeit bei der Straßenführung</p> <p><u>Öffentlicher Nahverkehr</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - bedarfsgerecht gestalten - Taktung verbessern

<p>Einen sehr konkreten Handlungsbedarf sahen die Teilnehmer insbesondere hinsichtlich der Erreichbarkeit außerhalb der Hauptgeschäftszeiten. Vor allem das Abendprogramm verschiedener kultureller Einrichtungen lässt sich mit öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. ohne eigenen PKW schlecht wahrnehmen.</p> <p>Herausgestellt wurde die „HEIMAT/ Auf der Freiheit“ aufgrund der Randlage im Stadtgebiet. Es wurden aber auch eher innerstädtische Einrichtungen am Capitolplatz oder der Landestheaterstandort am Lollfuß in dem Zusammenhang genannt.</p> <p>2.) Abfrage zu Entfernungsempfindlichkeiten und Lösungsansätzen für Räume ohne eigenes Versorgungsangebot mithilfe eines Barometers zur Zustimmung:</p> <p><u>Welche Fahr- bzw. Wegezeit halten Sie für zumutbar (einfacher Weg)?</u></p> <p>Die Abfrage nach zumutbaren Entfernungsempfindlichkeiten für unterschiedliche Einrichtungen wie Haus- oder Facharzt, Nahversorger sowie Schulen und Kinderbetreuung ergab aufgrund der unterschiedlichen Bedeutung der Einrichtungen erwartungsgemäß ein relativ disperses Bild. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die meisten Teilnehmer für den überwiegenden Teil der Einrichtungen (ausgenommen Facharzt, weiterführende Schule) etwa 20 Minuten als zumutbar empfinden.</p> <p><u>Welche alternativen Mobilitätsformen sind für Sie denkbar?</u></p> <p>Für fast alle Teilnehmer war eine zukünftige Nutzung alternativer Mobilitätsformen</p>	<p>Langfristiger Erhalt von akzeptablen Zeitaufwänden für das Erreichen von Versorgungseinrichtungen u.a. durch Erprobung neuer Ansätze. (Ermittlung durch die Abfrage von zumutbaren Entfernungen sowie Einstellungen zu alternativen Lösungsansätzen)</p>	<p>- Anbindung an das Umland verbessern</p> <p>zumutbare Fahrtzeiten schaffen</p> <p>Verbreitung alternativer Mobilitätsformen</p>
---	---	--

<p>vorstellbar (z.B. organisiertes Car-Sharing, (E-)Fahrradverleih oder Bürgerbus/ Anrufsammeltaxi). Dennoch wurde der Erhalt der persönlichen/ individuellen Mobilität als besonders wichtig hervorgehoben. Einer Einschränkung der Nutzung des privaten PKW (Mitnahme bzw. Verleih) standen die Teilnehmer distanziert gegenüber.</p> <p><u>Welche Lösungsansätze halten Sie für die Teilräume ohne eigenes Versorgungsangebot/ ohne eigene Einrichtung für denkbar und geeignet?</u></p> <p>Denkbaren Lösungsansätze für die Bereiche <i>Hausärztliche Versorgung</i> (z.B. Einrichtung von Zweigpraxis, Hausbesuche durch Arzthelferin, Mobile Angebote wie „Doc-Mobil“, etc.), <i>Nahversorgung/ Lebensmittel</i> (z.B. Bringdienste, MarktTreff-Konzept, etc.) und <i>KiTa/ KiGa</i> (organisierte Fahrdienste, Tagespflege, etc.) wurden durch einen Großteil der Teilnehmer als positiv (mindestens „gut“) bewertet.</p>		<p>Lösungen für Teilräume ohne eigenes Versorgungsangebot finden</p>
--	--	--

3.) Was muss im Raum Schleswig in den Bereichen Versorgung und Mobilität getan werden, um einen besseren Zustand zu erreichen?

Die Ausführungen der Teilnehmer befassten sich vor allem mit den Bereichen Mobilität und Wohnen:

Mobilität

Hier wurde vor allem der Erhalt der selbstbestimmten Mobilität auch ohne eigenen PKW durch Förderung des Öffentlichen Personen Nahverkehrs und Nutzung alternativer Mobilitätsformen thematisiert.

Wohnen

Generell sollte ein Umdenken in der Bau- und Wohnkultur hinsichtlich bevorstehender demographischer und sozialer Herausforderungen stattfinden.

Sicherung und Verbesserung insb. durch aus der Gesellschaft generierte Lösungsansätze („Bottom Up“ Ansätze)

Selbstbestimmte Mobilität fördern.

Stärkere Anreize für die Nutzung alternativer Mobilitätsformen und alternative Finanzierungen für den ÖPNV schaffen.

Demographieorientierte Baumaßnahmen vornehmen.

z.B. durch Carsharing Modelle für den ländlichen Raum und weitere Smartphone gestützte Angebote

z.B. durch Optimierung der Parkraumbewirtschaftung (Schaffung von Vorteilen für E-Mob, etc.)

Flexibleren, altersgerechten Wohnraum und gemischteren

<p><u>Bildung/ soziale Durchmischung</u> Aufwertung einzelner Wohnbereiche durch gezielte Standortentscheidung bei der Ansiedlung von Infrastrukturen.</p>	<p>Soziales Gefüge durch Standortentscheidungen beeinflussen.</p>	<p>Wohnungsbau (sozial, baulich) insgesamt schaffen.</p> <p>Gezielte Ansiedlung von Bildungseinrichtungen als Katalysator für eine verbesserte Sozial-Struktur in bestimmten Gebieten → hier insb. Wohngebiete im Bereich nördliche St. Jürgen Straße</p>
--	---	---

Protokoll des Workshops 5: Migration / Flüchtlinge

Moderation & Input:

Knut Weiß, Sylke Willig, Rainer Raup

Protokoll:

Yeliz Dönmez

Inhalt/Anmerkungen

Der Themeneinstieg erfolgte über 3 verschiedene Folien mit graphischer Darstellung, diese die Analyse der Übertritte aus dem Asyl ins SGB II mit den Schwerpunkten Staatsangehörigkeit, Schulbildung und Berufsausbildung (BA) für die Monate Oktober und September 2016 veranschaulichten.

Ein anschließender offener Austausch wurde über folgende aufgestellte These eingeleitet: **„Im Jahr 2030 sind alle Flüchtlinge im Kreis Schleswig-Flensburg integriert und integrierend tätig!“**

Ergänzende Fragestellungen waren:

- Was haben wir bis 2030?
- Woran merken wir es?
- Was ist besser als jetzt?

Erwünschter Zustand

„Im Jahr 2030 sind alle Flüchtlinge im Kreis Schleswig-Flensburg integriert und integrierend tätig!“

Zusammengefasste Ideen aus der Arbeitsgruppe:

- Migranten selbstverständlich in der Gesellschaft
- Demokratisches Asylbewerbergesetz (Asylrecht) ist von der Gesellschaft getragen
- Entspannung auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt für junge Menschen (insbesondere im Handel und Handwerk)
- Schnellere Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen
- Ausreichende Lehrkräfte und Unterstützungsangebote für Lehrkräfte (mehr Geld zur Verfügung, um genügend Lehrer einzustellen)
- Raufsetzen des Berufsschulpflichtigen Alters auf 25 Jahre
- Individuelle Bildungsmodelle beim Bildungsübergang und -zugang
- Optimale Sprach- und Integrationskurse
- Frauen nehmen an Integrationskursen teil (Kinderbetreuung gesichert)

- Bescheid der Verwaltung nicht länger als DIN A4 und leichte Sprache (Verwaltungsvereinfachung)
- Finanzierte therapeutische Hilfen und Dolmetscher verfügbar für alle mit PTB2 (um dramatischen Fällen entgegenzuwirken)
- Mittel für präventive Hilfen vorhanden (insbesondere im SGB IX und SGB XII)
- Ausgebildete Multiplikatoren für den Bereich Bildung und Erziehung (Bsp.: Heroes – Projekte zur Gewaltprävention)
- Sportvereine sind finanziell gut ausgestattet und keine getrennten Mannschaften für Migranten
- Angepasstes Berufsausbildungsgesetz - Praxisanteil an einer Ausbildung wird höher bewertet (meist scheitern Migranten an dem theoretischen Teil)
- Gewaltschutzkonzept (insbesondere für Frauen)
- Optimaler Wohnungsmarkt
- Ausreichend Geld wird bereitgestellt
- Auskömmliche finanzielle Ausstattung für KITAs und Schulen
- Funktionierendes Netz gegen Rechtsextremismus
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Bezahltes B2 Niveau ist die Regel sowie ausbildungsunterstützende Maßnahmen

Was kann wer tun?

1. Schritt: Intensivierung des Arbeitsgruppe Migration/Flüchtlinge mit dem Ziel der Erarbeitung von konkreten Lösungsansätzen für die Stadt Schleswig.

Verantwortlichkeit: Stadt Schleswig

Abschrift Fotoprotokoll Workshop 5:

schnellere Anerkennung von Zeugnissen
 Raufsetzen des Berufsschulpflichtalters auf 25
 optimale Sprach- und Integrationsförderung
 funktionierende Ganztagschule
 ausgebildete Multiplikatoren für den Bereich Bildung und Erziehung
 Unterstützungsangebote für Lehrkräfte

Mehr Gehalt für Lehrer; viele Lehrer
Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt Individualisierten Bildungsübergänge und Bildungszugänge
Bescheid der Verwaltung länger als A4 Mittel für präventive Arbeit in den SGB Alle mit Trauma haben qualifizierte therapeutische Hilfe und Dolmetscher
gewaltfreier Umgang in Familien Frauen gehen in den Integrationskurs (Kinderbetreuung) Gewaltschutzkonzept
Sportvereine sind finanziell gut ausgestattet HEROES in SL funktionierendes Netz gegen Rechtsextremismus
Wohnungsmarkt ist optimal Hilfe zur Selbsthilfe Wir haben viel Gutes

1. Regionalkonferenz Sozialplanung

Kreis Schleswig-Flensburg:
 Fachdienst Gesundheit, Fachbereich Jugend und Familie, Fachbereich Soziales, Fachbereich Regionale Integration,
 Regionalentwicklung des Kreises - Modellvorhaben „Langfristige Sicherung der Versorgung und Mobilität in
 ländlichen Räumen“, Koordinierungsstelle „Integrationsorientierte Aufnahme von Flüchtlingen“ des Kreises

Stadt Schleswig:
 Fachbereich Bürgerservice, Fachdienst Bildung und Familie, Fachdienst Ordnung, Fachbereich Bau, Fachdienst
 Stadtentwicklung



Kooperationsveranstaltung des Kreises Schleswig-Flensburg und der Stadt Schleswig

